
2013 **Ausgegeben zu Bonn am 16. Mai 2013** **Nr. 10**

Tag	Inhalt	Seite
7. 5.2013	Verordnung zu dem Abkommen vom 1. November 2012 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der mazedonischen Regierung über Gräber von Kriegssopfern	410
8. 2.2013	Bekanntmachung der deutsch-burundischen Vereinbarung über Technische Zusammenarbeit	416
19. 2.2013	Bekanntmachung über das Außerkrafttreten des deutsch-niederländischen Abkommens vom 6. Oktober 1997 über die Bereitstellung von Liegenschaften und die Mitbenutzung von Übungseinrichtungen	419
19. 2.2013	Bekanntmachung über das Außerkrafttreten der deutsch-niederländischen Vereinbarung vom 6. Oktober 1997 über die Mitbenutzung von Übungseinrichtungen	419
5. 3.2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens des Europarats vom 23. November 2001 über Computerkriminalität	420
19. 3.2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung, Vollstreckung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der elterlichen Verantwortung und der Maßnahmen zum Schutz von Kindern	421
19. 3.2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens zur Erhaltung der afrikanisch-asiatischen wandernden Wasservögel	422
19. 3.2013	Bekanntmachung der deutsch-guatemalteckischen Vereinbarung über Technische Zusammenarbeit	422
19. 3.2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens von 1979 über den Such- und Rettungsdienst auf See	424
19. 3.2013	Bekanntmachung des deutsch-guatemalteckischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	424
20. 3.2013	Bekanntmachung der deutsch-mexikanischen Vereinbarung über Finanzielle Zusammenarbeit	426
20. 3.2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Registrierung von in den Weltraum gestarteten Gegenständen	429
25. 3.2013	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Universität der Vereinten Nationen über das Vizerektorat der Universität der Vereinten Nationen in Europa und das Institut für Umwelt und menschliche Sicherheit der Universität der Vereinten Nationen und über das gleichzeitige Inkrafttreten der dazugehörigen Verordnung	429
27. 3.2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von Kyoto zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen	430
27. 3.2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Tropenholz-Übereinkommens von 2006	430
22. 4.2013	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-französischen Abkommens über den Güterstand der Wahl-Zugewinngemeinschaft	431
	FNA: 400-2, 302-2, 315-24, 611-8-2-2	
23. 4.2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis	431
18. 4.2013	Berichtigung zur 22. ADR-Änderungsverordnung	432

**Verordnung
zu dem Abkommen vom 1. November 2012
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der mazedonischen Regierung
über Gräber von Kriegsoffern**

Vom 7. Mai 2013

Auf Grund des Artikels 2 des Gesetzes vom 6. Mai 1994 zu dem Abkommen vom 16. Dezember 1992 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Russischen Föderation über Kriegsgräberfürsorge (BGBl. 1994 II S. 598) verordnet die Bundesregierung:

Artikel 1

Das in Skopje am 1. November 2012 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der mazedonischen Regierung über Gräber von Kriegsoffern wird hiermit in Kraft gesetzt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Diese Verordnung tritt an dem Tag in Kraft, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 13 Absatz 1 in Kraft tritt.

(2) Der Tag des Inkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

(3) Diese Verordnung tritt an dem Tag außer Kraft, an dem das Abkommen außer Kraft tritt. Der Tag des Außerkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 7. Mai 2013

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister des Auswärtigen
Guido Westerwelle

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der mazedonischen Regierung
über Gräber von Kriegsoffern

Договор
меѓу Владата на Сојузна Република Германија
и Македонската Влада
за гробовите на воените жртви

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die mazedonische Regierung –

Владата на Сојузна Република Германија
и
Македонската Влада

in dem Wunsch, für die im mazedonischen Hoheitsgebiet liegenden deutschen Gräber von Kriegsoffern und für die im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland liegenden mazedonischen Gräber von Kriegsoffern eine endgültige vertragliche Regelung zu schaffen,

со желба да создадат конечна договорна регулатива за германските гробови на воени жртви на територијата на Македонија и на македонските гробови на воени жртви на територијата на Сојузна Република Германија,

in dem Bestreben, die Herrichtung, Erhaltung, Pflege und Schutz dieser Gräber in würdiger Weise und gemäß den Bestimmungen des geltenden humanitären Völkerrechts sicherzustellen

со стремез да ги обезбедат средувањето, одржувањето, негата и заштитата на тие гробови на достоен начин и во согласност со одредбите на важечкото меѓународно хуманитарно право

sind wie folgt übereingekommen:

се договорија за следново:

Artikel 1

Член 1

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeuten die Begriffe:

(1) Во смисла на овој договор долунаведените поими ги имаат следниве значења:

1. „deutsche Kriegstote“
 - Angehörige der deutschen Streitkräfte,
 - diesen nach deutschem Recht gleichgestellte Personen,
 - sonstige Personen deutscher Staatsangehörigkeit, die im Zusammenhang mit den Ereignissen des Krieges 1914/1918 oder des Krieges 1939/1945 auf dem heutigen mazedonischen Hoheitsgebiet ums Leben gekommen sind;
2. „deutsche Kriegsgräber“:
 - die im heutigen mazedonischen Hoheitsgebiet liegenden Gräber deutscher Kriegstoter.
3. „deutsche Kriegsgräberstätten“:
 - die im heutigen mazedonischen Hoheitsgebiet noch existierenden, auffindbaren oder neu anzulegenden Friedhöfe oder Teile von Friedhöfen, auf denen deutsche Kriegstote bestattet sind.

- 1 “Германци загинати во војната”
 - припадници на германските вооружени сили,
 - лица што согласно германското законодавство имаат ист статус,
 - други лица со германско државјанство коишто загинале на денешната територија на Македонија во врска со воените настани од 1914/1918 или од 1939/1945 година;
- 2 “германски воени гробови”:

 - гробовите на Германци загинати во војната коишто се наоѓаат на денешната територија на Македонија;

- 3 “германски воени гробишта”:

 - гробиштата или деловите на гробишта коишто сè уште постојат, можат да бидат пронајдени или ќе бидат отворени допрва на денешната територија на Македонија и на коишто се погребани Германци загинати во војната.

(2) Im Sinne dieses Abkommens bedeuten die Begriffe:

(2) Во смисла на овој договор долунаведените поими ги имаат следниве значења:

1. „mazedonische Kriegstote“:
 - Angehörige der Streitkräfte
 - diesen nach mazedonischem Recht gleichgestellte Personen
 - sonstige der mazedonischen Vertragsseite zuzurechnende Personen die im Zusammenhang mit den Ereignissen des

- 1 “Македонци загинати во војната”:

 - припадници на вооружените сили,
 - лица што согласно македонското законодавство имаат ист статус,
 - други лица коишто се припишуваат на Македонија и коишто загинале на територијата на Сојузна Република

Krieges 1914/1918 oder des Krieges 1939/1945 auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland ums Leben gekommen sind.

2. „mazedonische Kriegsgräber“:

- die im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland liegenden Gräber mazedonischer Kriegstoter;

3. „mazedonische Kriegsgräberstätten“:

- die im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland bestehenden, auffindbaren oder neu anzulegenden Friedhöfe oder Teile von Friedhöfen, auf denen mazedonische Kriegstote bestattet sind.

(3) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die mazedonische Regierung sind sich einig, dass Denkmäler für Opfer des Krieges, die sich nicht auf Kriegsgräberstätten im Sinne dieses Abkommens befinden, unter dem Schutz der einschlägigen innerstaatlichen Rechtsvorschriften stehen.

Artikel 2

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die mazedonische Regierung gewährleisten den Schutz der Kriegsgräber, den Zugang zu den Kriegsgräbern und das dauernde Ruherecht für die Kriegstoten auf ihrem Hoheitsgebiet. Sie halten die Umgebung der Kriegsgräberstätten von allen Anlagen frei, die mit der Würde dieser Stätten nicht vereinbar sind.

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die mazedonische Regierung sind berechtigt, ihre Gräber von Kriegsoffizieren und Kriegsgräberstätten auf dem Hoheitsgebiet des anderen Staates auf ihre Kosten herzurichten und zu pflegen.

(3) Die Bundesrepublik Deutschland gewährleistet auf ihre Kosten die Erhaltung und Pflege mazedonischer Gräber von Kriegsoffizieren auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland.

Artikel 3

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die mazedonische Regierung gewährleisten gegenseitig für Vergangenheit und Zukunft kostenlos und auf unbegrenzte Dauer die Nutzung der als Kriegsgräberstätten dienenden Geländeflächen als dauernde Ruhestätten für ihre Kriegstoten.

(2) Eigentumsrechte werden durch dieses Abkommen nicht berührt. Für notwendig erachtete Änderungen der Grenzen von als Kriegsgräberstätten genutzten Geländeflächen werden in gegenseitigem Einvernehmen zwischen den Regierungen oder den von ihnen bezeichneten Stellen geklärt. Wird im Einvernehmen beider Regierungen ein Gelände ganz oder teilweise nicht mehr für den vorgesehenen Zweck genutzt, so entfällt das bisherige Nutzungsrecht.

(3) Sollte eine Regierung ein Gelände nach Absatz 1 aus zwingenden öffentlichen Gründen für eine andere Verwendung benötigen, so stellt sie ein anderes geeignetes Gelände zur Verfügung und übernimmt die Kosten für die Umbettung der Toten und für die Herrichtung der neuen Gräber. Die Auswahl des neuen Geländes, seine Herrichtung sowie die Durchführung der Umbettung erfolgen in beiderseitigem Einvernehmen.

Artikel 4

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die mazedonische Regierung gestatten der anderen Seite, ohne dass ihnen daraus Kosten entstehen und nachdem ihnen ein Plan zur vorherigen Zustimmung vorgelegen hat, die Gräber der Kriegstoten, deren Umbettung für notwendig erachtet wird, zusammenzulegen. Die Umbettung von deutschen Kriegstoten erfolgt durch

Германија во врска со воените настани од 1914/1918 или од 1939/1945 година;

2. „македонски воени гробови“:

- гробовите на Македонци загинаци во војната коишто се наоѓаат на територијата на Сојузна Република Германија;

3. „германски воени гробишта“:

- гробиштата или деловите на гробишта коишто сè уште постојат, можат да бидат пронајдени или ќе бидат отворени допрва на територијата на Сојузна Република Германија и на коишто се погребани Македонци загинаци во војната.

(3) Владата на Сојузна Република Германија и Македонската Влада се согласни дека спомениците на жртвите од војната коишто не се наоѓаат на воени гробишта во смисла на овој договор, се под заштита на соодветните национални правни прописи.

Член 2

(1) Владата на Сојузна Република Германија и Македонската Влада на своите територии ќе обезбедат заштита на воените гробови, достап до воените гробови и трајно право на починка на загинаците во војната. Тие ќе ја штитат околната на воените гробишта од изградбата на секакви објекти кои се неспови со достоинството на овие места.

(2) Владата на Сојузна Република Германија и Македонската Влада ќе имаат право на територијата на соодветно другата држава да ги средуваат и да ги негуваат за своја сметка своите гробови на воени жртви и воени гробишта.

(3) Сојузна Република Германија ќе обезбеди за своја сметка одржување и негување на македонски гробови на воени жртви на територијата на Сојузна Република Германија.

Член 3

(1) Владата на Сојузна Република Германија и Македонската Влада ќе си обезбедат заемно бесплатно и на неограничено време, за минатото и за иднината, право земјишните површини коишто служат како воени гробишта да се користат како трајни почивалишта на своите загинаци во војната.

(2) Овој договор не ги засегнува сопственичките права. Потребните измени на границите на земјишните површини коишто се користат како воени гробишта ќе се решаваат со заемна согласност меѓу владите или меѓу службите кои ќе бидат одредени од нив. Ако со заемна согласност на двете влади некое земјиште целосно или делумно престане да се користи за предвидената намена, тогаш ќе отпадне досегашното право на користење.

(3) Ако една од владите од непобитни јавни причини има потреба од некое земјиште од став 1 за некоја друга намена, тогаш ќе стави на располагање друго погодено земјиште и ќе ги преземе трошоците за преместувањето на покојниците и за средувањето на новите гробови. Изборот на новото земјиште, неговото средување, како и спроведувањето на преместувањето на покојниците ќе се вршат со заемна согласност.

Член 4

(1) Владата на Сојузна Република Германија и Македонската Влада ќе и дозволат на соодветно другата страна да ги обедини гробовите на загинаците во војната чиешто преместување се смета за потребно, без да им настанат од тоа трошоци и откако ќе им биде поднесен план за претходно одобрување. Преместувањето на Германци

von deutscher Seite benannte Kräfte. Die Umbettung von mazedonischen Kriegstoten erfolgt durch von mazedonischer Seite benannte Kräfte.

(2) Über jede Umbettung eines Kriegstoten wird ein Protokoll angefertigt, in dem die alte und die neue Grablage, die Personalien, die Beschriftung der Erkennungsmarke oder andere Identifizierungsmerkmale genannt sind.

(3) Soweit ehemals vorhandene Kriegsgräberstätten durch zwischenzeitliche infrastrukturelle Veränderungen aufgelassen und die dort bestatteten Toten nicht mehr umzubetten sind, gestattet die Seite, auf deren Hoheitsgebiet sich diese ehemals vorhandene Kriegsgräberstätte befindet, auf Antrag und auf Kosten der anderen Seite die Errichtung von Gedenkstätten an diesen ehemaligen Standorten in würdiger und örtlich geeigneter Form. Sofern hierzu Grund und Boden zur Verfügung gestellt oder die Zustimmung örtlicher Behörden eingeholt werden muss, unterstützt jede Seite die andere bei der Stellung entsprechender Anträge und beim Abschluss von Verträgen.

(4) Soweit zur Ermöglichung einer endgültigen Bestattung auf einer Kriegsgräberstätte eine provisorische Bestattung Kriegstoter erforderlich wird, trifft die Seite, auf deren Hoheitsgebiet die Kriegstoten gefunden werden, Vorkehrungen für deren ordnungsgemäße und würdige provisorische Bestattung und Kennzeichnung der Grabstätten.

Artikel 5

Sofern sich auf deutschen oder mazedonischen Kriegsgräberstätten neben deutschen oder mazedonischen Gräbern von Kriegsoffizieren oder Gräbern von Kriegstoten anderer Staaten befinden, ist diese Tatsache bei Entscheidungen über Erhaltung und Pflege dieser Gräber angemessen zu berücksichtigen.

Artikel 6

(1) Die Überführung deutscher Kriegstoter aus dem Hoheitsgebiet in die Bundesrepublik Deutschland bedarf der vorherigen Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland. Die mazedonische Regierung gestattet eine solche Überführung nur bei Vorliegen dieser Zustimmung.

(2) Der Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland bedürfen auch Anträge an die mazedonische Regierung, die eine Überführung deutscher Kriegstoter in Drittländer zum Zweck haben.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten sinngemäß für die Überführung mazedonischer Kriegstoter in mazedonisches Hoheitsgebiet oder in Drittländer.

(4) Alle Kosten und Gebühren für die Umbettung und Überführung von deutschen Kriegstoten ins Ausland gehen zu Lasten der Antragsteller.

(5) Bei der Umbettung von deutschen Kriegstoten zur Überführung können Vertreter der Behörden beider Seiten anwesend sein.

Artikel 7

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland beauftragt den „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.“ (nachstehend „VOLKSBU**ND**“ genannt) mit der technischen Durchführung der Aufgaben auf mazedonischem Hoheitsgebiet, die sich aus diesem Abkommen für die deutsche Seite ergeben.

(2) Für die mazedonische Regierung ist das Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik (die Verwaltung für die Angelegenheiten von Kämpfern und Kriegsversehrten als Behörde im Geschäfts-

zweig) beauftragt, die Umbettung von deutschen Kriegstoten in mazedonisches Hoheitsgebiet durchzuführen. Die Umbettung von deutschen Kriegstoten in mazedonisches Hoheitsgebiet erfolgt durch von deutscher Seite benannte Kräfte. Die Umbettung von mazedonischen Kriegstoten erfolgt durch von mazedonischer Seite benannte Kräfte.

(2) За секое преместување на загинат во војната ќе се состави записник во којшто ќе се наведат старата и новата локација на гробот, личните податоци, натписот на знакот за распознавање или други ознаки за идентификација.

(3) Доколку некогашни воени гробишта се напуштени поради настанати инфраструктурни промени и таму погребаните покојници не може веќе да се преместат, страната на чијашто територија се наоѓаат тие некогашни воени гробишта ќе дозволи, на барање и за сметка на другата страна, да подигне споменици на тие некогашни локации во достојна форма којашто им одговара на месните прилики. Ако за таа намена биде потребно да се стави на располагање земјиште или да се прибави согласноста на локалните власти, секоја страна ќе ја поддржува соодветно другата страна при поднесувањето на соодветните барања и при склучувањето на договори.

(4) Доколку заради овозможување на конечен погреб на воено гробиште биде потребен привремен погреб на загинати во војната, страната на чијашто територија се пронајдени загинатите во војната ќе преземе мерки за нивен уреден и достоин привремен погреб и за означување на гробовите.

Член 5

Доколку на германски или македонски гробишта, освен германски или македонски гробови на воени жртви, се наоѓаат и гробови на загинати во војната од други држави, овој факт треба соодветно да се земе предвид при донесувањето на одлуки за одржувањето и негувањето на овие гробови.

Член 6

(1) За преносот на Германци загинати во војната од македонска територија на територијата на Сојузна Република Германија е потребна претходна согласност на Владата на Сојузна Република Германија. Македонската Влада ќе дозволи таков пренос само ако таа согласност е дадена.

(2) Согласност на Владата на Сојузна Република Германија е потребна и за барања упатени до Македонската Влада со кои се бара пренос на Германци загинати во војната во трети земји.

(3) Ставовите 1 и 2 важат соодветно и за преносот на Македонци загинати во војната во Македонија или во трети земји.

(4) Сите трошоци и такси за преместувањето и преносот на Германци загинати во војната ќе бидат на товар на барателите.

(5) При преместувањето на Германци загинати во војната заради пренос може да присуствуваат претставници на властите на двете страни.

Член 7

(1) Владата на Сојузна Република Германија ќе му го наложи на „Народниот сојуз за грижа за германските воени гробишта“ (Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V., во понатамашниот текст наречен „Народен сојуз“) техничкото спроведување на задачите во Македонија коишто произлегуваат од овој договор за германската страна.

(2) Во Македонија надлежен орган за спроведувањето на овој договор е Министерството за труд и социјална политика (Управата за прашања на борци и воени инвалиди како орган

bereich des Ministeriums) das zuständige Organ für die Durchführung dieses Abkommens. Das Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik kann einen Dritten mit der technischen Durchführung dieses Abkommens beauftragen.

(3) Soll eine andere Organisation oder Institution mit der technischen Durchführung dieses Abkommens beauftragt werden, so ist die vorherige Zustimmung der anderen Regierung erforderlich.

Artikel 8

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die mazedonische Regierung gewähren den in Artikel 7 genannten Institutionen oder Organisationen jede mögliche Unterstützung, insbesondere den Zugang zu Unterlagen über Kriegstote und Gräber von Kriegssopfern der jeweils anderen Seite, die bei Behörden, natürlichen und juristischen Personen ihres Landes jetzt oder in Zukunft verfügbar sind. Andere Vereinbarungen und Absprachen bleiben unberührt.

Artikel 9

(1) Zur Durchführung seiner Aufgaben kann der VOLKSBUND Vertreter, Fachkräfte und sonstiges Personal in mazedonisches Hoheitsgebiet entsenden.

(2) Der VOLKSBUND bedient sich bei der Ausführung der sich bei der Durchführung dieses Abkommens ergebenden Arbeiten nach Möglichkeit örtlicher Arbeitskräfte und örtlichen Materials gemäß den im freien Wettbewerb üblichen Bedingungen.

(3) Der VOLKSBUND kann auch aus der Bundesrepublik Deutschland oder einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union Geräte, Transportmittel, Material und Zubehör, die für die Durchführung der in diesem Abkommen erwähnten Arbeiten erforderlich sind, in mazedonisches Hoheitsgebiet einführen und wieder ausführen.

(4) Für die Zollabfertigung dieser Waren gilt Folgendes:

1. Vorübergehend eingeführte Geräte und Transportmittel werden bei ihrer Einfuhr in mazedonisches Hoheitsgebiet frei von Einfuhrabgaben und Steuern mit dem Vorbehalt abgefertigt, dass die genannten Geräte und Transportmittel nach Beendigung der Arbeiten frei von Ausfuhrabgaben wieder ausgeführt werden;
2. Material und Zubehör, das für die Errichtung, Ausschmückung oder Pflege der Gräber, Gedenkstätten oder Friedhöfe bestimmt ist, bleibt frei von Einfuhrabgaben und Steuern, wenn den Zollbehörden zusätzlich zur regulären Einfuhrerklärung vorgelegt werden:
 - eine genaue Aufstellung der eingeführten Waren,
 - eine vom Vertreter des VOLKSBUNDS unterzeichnete Verpflichtungserklärung, dass die genannten Waren nur für die in diesem Abkommen vorgesehenen Zwecke verwendet werden.

Artikel 10

(1) Die gemäß Artikel 3 Absatz 1 vereinbarte Überlassung der als deutsche Kriegsgräberstätten dienenden Geländeflächen gibt dem VOLKSBUND die Befugnis, im Rahmen der einschlägigen mazedonischen Rechtsvorschriften alle Herrichtungs- und Verschönerungsarbeiten auf den Kriegsgräberstätten sowie den Bau geeigneter Zufahrtswege, Aufenthaltsräume und sonstiger Einrichtungen für Besucher unmittelbar auszuführen.

(2) Der VOLKSBUND sorgt dafür, dass bei Bauarbeiten alle einschlägigen innerstaatlichen mazedonischen Rechtsvorschriften beachtet werden.

во состав на министерството). Министерството за труд и социјална политика може да му го наложи на некое трето лице техничкото спроведување на овој договор.

(3) Ако биде предвидено техничкото спроведување на овој договор да ѝ биде наложен на друга организација или институција, ќе биде потребна претходна согласност на другата влада.

Член 8

Владата на Сојузна Република Германија и Македонската Влада ќе им пружаат на институциите или организациите наведени во член 7 секаква можна помош, посебно во поглед на достапот до документацијата за загинали во војната и за гробови на воени жртви на соодветно другата страна, којашто сега или во иднина ќе биде на располагање на органи на власта, на физички или на правни лица од нивните земји. Оваа одредба не засегнува други договори или спогодби.

Член 9

(1) Заради спроведување на своите задачи, Народниот сојуз може да упатува во Македонија претставници, стручњаци и друг персонал.

(2) При изведувањето на работите коишто произлегуваат од спроведувањето на овој договор, Народниот сојуз ќе се служи, по можност, со локална работна рака и ќе користи локален материјал, во соодветство со вообичаените услови на слободна конкуренција.

(3) Народниот сојуз може и да увезува од Сојузна Република Германија или од друга земја-членка на Европската Унија во Македонија и да реизвезува од неа опрема, превозни средства, материјал и прибор коишто се потребни за изведувањето на работите спомнати во овој договор.

(4) За царинската постапка за овие стоки ќе важи следново:

1. Привремено увезената опрема и превозни средства ќе бидат пропуштени при увозот во Македонија без плаќање на увозни давачки и даноци, со тоа што наведената опрема и превозни средства ќе бидат реизвезени без плаќање на извозни давачки по завршувањето на работите;
2. Материјалот и приборот наменет за подигнувањето, украсувањето или негувањето на гробови, спомен-места или гробишта, ќе биде ослободен од увозни давачки и даноци, ако на царинските органи освен редовната увозна царинска декларација им се поднесат:
 - точна спецификација на увезуваната стока,
 - изјава потпишана од претставникот на Народниот сојуз со која се презема обврска наведената стока да се користи исклучиво за намените предвидени во овој договор.

Член 10

(1) Со отстапувањето на земјишните површини коишто служат како германски воени гробишта, договорено согласно член 3 став 1, Народниот сојуз се овластува во рамките на соодветните македонски правни прописи да ги изведува непосредно сите работи за средување и разубавување на воените гробишта, како и изградбата на погодни пристапни патишта, простории за престој и други објекти за посетители.

(2) Народниот сојуз ќе води грижа при изведувањето на градежните работи да бидат почитувани сите соодветни национални македонски правни прописи.

Artikel 11

Die Bestimmungen der Artikel 9 und 10 gelten entsprechend auch für jede dritte Person, die durch das mazedonische Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik mit der technischen Durchführung dieses Abkommens gemäß Artikel 7 Absatz 2 beauftragt wird.

Artikel 12

Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden durch Verhandlungen der zuständigen Behörden der Vertragsparteien beigelegt.

Artikel 13

(1) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, dass die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung.

(2) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Wünscht eine der Vertragsparteien das Abkommen zu ändern, so werden die Vertragsparteien Verhandlungen hierüber aufnehmen.

(3) Die Registrierung dieses Vertrages beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten von der Seite veranlasst, auf deren Staatsgebiet das Abkommen unterzeichnet wird. Der andere Vertragsstaat wird unter Angabe der Registrierungsnummer von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.

Geschehen zu Skopje am 1. November 2012 in zwei Urschriften, jede in deutscher und mazedonischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Член 11

Одредбите на членовите 9 и 10 важат соодветно и за секое трето лице на коешто ќе му биде наложено од македонското Министерство за труд и социјална политика техничкото спроведување на овој договор согласно член 7 став 2.

Член 12

Споровите за толкувањето или примената на овој договор ќе се решаваат по пат на преговори меѓу надлежните органи на договорните страни.

Член 13

(1) Овој договор влегува во сила еден месец по денот на кој договорните страни ќе се известат заемно дека се исполнети потребните услови за неговото влегување во сила пропишани со националното законодавство.

(2) Овој договор се склучува на неодредено време. Ако една од договорните страни посака да го измени договорот, договорните страни ќе отпочнат преговори за тоа.

(3) Регистрацијата на овој договор во Секретаријатот на Обединетите нации согласно член 102 од Повелбата на Обединетите нации ќе биде покрената неопходно по неговото влегување во сила од онаа страна на чијашто територија е потпишан договорот. Другата договорна страна ќе биде известена за извршената регистрација со наведување на бројот на регистрацијата, штом истата ќе биде потврдена од Секретаријатот на Обединетите нации.

Склучен во Скопје на 1. ноември 2012 година, во два оригинални примероци на германски и на македонски јазик, при што двата текста имаат еднаква важност.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
За Владата на Сојузна Република Германија

Gudrun Steinacker

Für die mazedonische Regierung
За Македонската Влада

Spiro Ristovski

**Bekanntmachung
der deutsch-burundischen Vereinbarung
über Technische Zusammenarbeit**

Vom 8. Februar 2013

Die in Bujumbura am 5. August 2011/8. September 2011 unterzeichnete Vereinbarung in Form eines Notenwechsels zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Burundi über die Anwendbarkeit des Rahmenabkommens vom 16. Juli 1984 über Technische Zusammenarbeit (BGBl. 1985 II S. 1704) auf die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) ist

am 8. September 2011

in Kraft getreten; die deutsche einleitende Note in Französisch wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Bonn, den 8. Februar 2013

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Charlotta Heck

Ambassade
de la République fédérale d'Allemagne
Bujumbura

Bujumbura, le 05 août 2011

Objet: Accord cadre de Coopération technique

Excellence Monsieur le Ministre,

Au nom du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, j'ai l'honneur de porter à votre connaissance que la fusion du Service allemand de développement (DED) et de l'Internationale Weiterbildung und Entwicklung GmbH (InWEnt) avec la Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) (y compris le Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM) – Centre international pour la Migration et le Développement) a pris effet le 1^{er} janvier 2011. La GTZ a intégré ces deux sociétés et est ainsi le successeur juridique du DED et d'InWEnt. Elle assure la poursuite des activités de celles-ci. En outre, la GTZ a changé de nom et s'appelle désormais Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH (GIZ).

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne propose que l'Accord du 16 juillet 1984 entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République du Burundi relatif à la coopération technique (dénommé ci-après « Accord cadre ») reste, nonobstant le changement de nom de la GTZ, également applicable à la GIZ ainsi qu'à tous les experts et coopérants qui ont été détachés par le DED ou par InWEnt et qui travaillent depuis le 1^{er} janvier 2011 comme experts de la GIZ en République du Burundi. Le détachement de tous les experts de la GIZ en République du Burundi s'effectue donc en application de l'Accord cadre du 16 juillet 1984.

L'Accord cadre du 16 juillet 1984 est également applicable aux experts intégrés, qui sont placés par le CIM dans le cadre du programme d'experts intégrés pour couvrir les besoins d'experts de la République du Burundi. Ils ont une relation de travail avec des employeurs en République du Burundi qui leur versent les rémunérations en usage sur place et ils perçoivent en plus de leurs rémunérations des primes financées par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne.

Si le Gouvernement de la République du Burundi déclare accepter les propositions formulées ci-dessus, la présente lettre et celle de réponse de Votre Excellence exprimant l'accord de votre Gouvernement constitueront un Arrangement entre nos deux Gouvernements qui entrera en vigueur à la date de votre lettre de réponse.

Veuillez agréer, Excellence Monsieur le Ministre, l'assurance de ma très haute considération.

Michael Bartholmei
Chargé d'Affaires a. i.

Son Excellence
Monsieur Augustin Nsanze
Ministre des Relations Extérieures
et de la Coopération Internationale
à Bujumbura

(Übersetzung)

Botschaft der
Bundesrepublik Deutschland
Bujumbura

Bujumbura, den 5. August 2011

Betreff: Rahmenabkommen über Technische Zusammenarbeit

Exzellenz, Herr Minister,

ich beehre mich, Sie im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland davon in Kenntnis zu setzen, dass mit Wirkung vom 1. Januar 2011 der Deutsche Entwicklungsdienst (DED)¹ sowie die Internationale Weiterbildung und Entwicklung GmbH² (InWEnt) mit der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)³ (einschließlich des Centrums für internationale Migration und Entwicklung (CIM) fusioniert wurden. Die GTZ hat die anderen beiden Gesellschaften aufgenommen und ist somit Rechtsnachfolgerin von DED und InWEnt. Sie setzt deren bisherige Tätigkeiten fort. Die GTZ wurde außerdem in Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH umbenannt.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland schlägt vor, dass das Abkommen vom 16. Juli 1984 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Burundi über Technische Zusammenarbeit (im Folgenden Rahmenabkommen genannt) unbeachtlich der Namensänderung der GTZ auch für die GIZ Gültigkeit behält und auch auf alle Fachkräfte und Entwicklungshelfer angewandt wird, die vom DED oder von InWEnt entsendet wurden und die seit dem 01.01.2011 als Fachkräfte der GIZ in der Republik Burundi tätig sind. Die Entsendung aller Fachkräfte der GIZ in die Republik Burundi erfolgt damit in Anwendung des Rahmenabkommens vom 16. Juli 1984.

Das Rahmenabkommen vom 16. Juli 1984 wird auch auf die Integrierten Fachkräfte angewandt, die im Rahmen des Programms für Integrierte Fachkräfte von CIM vermittelt werden, um den Fachkräftebedarf in der Republik Burundi zu decken. Sie stehen in Arbeitsverhältnissen mit Arbeitgebern in der Republik Burundi, die ihnen ortsübliche Gehälter zahlen, und erhalten von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland finanzierte Zuschüsse zu ihrem Gehalt.

Falls sich die Regierung der Republik Burundi mit den oben gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden dieses Schreiben und das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortschreiben Eurer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen bilden, die mit dem Datum Ihres Antwortschreibens in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Exzellenz, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

(gez.) Michael Bartholmei
Geschäftsträger a. i.

Seiner Exzellenz
dem Minister für auswärtige Beziehungen
und internationale Zusammenarbeit
Herrn Augustin Nsanze
in Bujumbura

¹ A. d. Ü.: „gGmbH“ fehlt im Frz.

² A. d. Ü.: falsche Abkürzung im Frz.

³ A. d. Ü.: „GmbH“ fehlt im Frz.

**Bekanntmachung
über das Außerkrafttreten
des deutsch-niederländischen Abkommens vom 6. Oktober 1997
über die Bereitstellung von Liegenschaften und
die Mitbenutzung von Übungseinrichtungen**

Vom 19. Februar 2013

Das Abkommen vom 6. Oktober 1997 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Bereitstellung von Liegenschaften und die Mitbenutzung von Übungseinrichtungen (BGBl. 2000 II S. 1501, 1502) wurde nach seinem Artikel 10 Absatz 4 von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit Note vom 14. Dezember 2012 gekündigt und wird

am 1. Januar 2014

außer Kraft treten.

Berlin, den 19. Februar 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über das Außerkrafttreten
der deutsch-niederländischen Vereinbarung vom 6. Oktober 1997
über die Mitbenutzung von Übungseinrichtungen**

Vom 19. Februar 2013

Die Vereinbarung vom 6. Oktober 1997 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Mitbenutzung von Übungseinrichtungen (BGBl. 2000 II S. 1505) wurde nach ihrer Nummer 12 Buchstabe e von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit Note vom 14. Dezember 2012 gekündigt und wird

am 1. Januar 2014

außer Kraft treten.

Berlin, den 19. Februar 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens des Europarats vom 23. November 2001
über Computerkriminalität**

Vom 5. März 2013

I.

Das Übereinkommen des Europarats vom 23. November 2001 über Computerkriminalität (BGBl. 2008 II S. 1242, 1243) wird nach seinem Artikel 36 Absatz 4 für die

Dominikanische Republik* am 1. Juni 2013
nach Maßgabe von Erklärungen gemäß Artikel 24 Absatz 7 und Artikel 27
Absatz 2 des Übereinkommens

in Kraft treten.

II.

Island hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 12. Dezember 2012 die Rücknahme eines Vorbehalts zu Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe b und c dieses Übereinkommens notifiziert.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 9. Januar 2013 (BGBl. II S. 161).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite des Europarats unter www.conventions.coe.int einsehbar.

Berlin, den 5. März 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Haager Übereinkommens über die Zuständigkeit,
das anzuwendende Recht, die Anerkennung, Vollstreckung
und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der elterlichen Verantwortung
und der Maßnahmen zum Schutz von Kindern**

Vom 19. März 2013

Das Haager Übereinkommen vom 19. Oktober 1996 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung, Vollstreckung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der elterlichen Verantwortung und der Maßnahmen zum Schutz von Kindern (BGBl. 2009 II S. 602, 603) wird nach seinem Artikel 61 Absatz 2 für

Lesotho am 1. Juni 2013

Russische Föderation* am 1. Juni 2013
nach Maßgabe von Erklärungen nach den Artikeln 34, 54 und 55 des Übereinkommens

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 13. Dezember 2012 (BGBl. 2013 II S. 155).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht unter <http://www.hcch.net> einsehbar.

Berlin, den 19. März 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Pascal Hector

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Abkommens
zur Erhaltung der afrikanisch-eurasischen wandernden Wasservögel**

Vom 19. März 2013

Das am 15. August 1996 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnete Abkommen zur Erhaltung der afrikanisch-eurasischen wandernden Wasservögel (BGBl. 1998 II S. 2498, 2500; 2002 II S. 2411, 2412; 2004 II S. 600, 601) wird nach seinem Artikel XIV Absatz 2 für

Côte d'Ivoire am 1. Juni 2013
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 7. November 2012 (BGBl. 2013 II S. 4).

Berlin, den 19. März 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Pascal Hector

**Bekanntmachung
der deutsch-guatemalteckischen Vereinbarung
über Technische Zusammenarbeit**

Vom 19. März 2013

Die Vereinbarung in der Form eines Notenwechsels vom 15./19. November 2012 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Guatemala über die Fusion der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und die Aufnahme der Fachkräfte des Centrums für internationale Migration und Entwicklung (CIM) in das Abkommen vom 28. Oktober 1998 (BGBl. 2002 II S. 630, 631; 2003 II S. 968) wird in ihrer einleitenden deutschen Note nachstehend veröffentlicht.

Der Tag, an dem die Vereinbarung nach ihrer Inkrafttretensklausel in Kraft tritt, wird im Bundesgesetzblatt bekannt gegeben.

Bonn, den 19. März 2013

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Klaus Krämer

Der Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland

Guatemala-Stadt, den 15.11.2012

Herr Minister,

ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf die Informationsnote der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland (Verbalnote Nr. 170/2010) vom 26. November 2010 über die Fusion der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und die Antwortnote der Regierung der Republik Guatemala vom 13. Dezember 2010 (15400168710) folgende Vereinbarung vorzuschlagen:

1. Das Abkommen vom 28. Oktober 1998 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Guatemala über Technische Zusammenarbeit (im Folgenden als „Rahmenabkommen“ bezeichnet) bleibt von der Namensänderung der ehemaligen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) unberührt.
2. Das Abkommen vom 6. Mai 1993 über die Entsendung von Entwicklungshelfern des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) tritt außer Kraft.
3. Das Rahmenabkommen ist auf alle Fachkräfte und Entwicklungshelfer anwendbar, die in der Vergangenheit vom DED entsendet wurden und die seit dem 1. Januar 2011 als Fachkräfte der GIZ in der Republik Guatemala tätig sind. Die Entsendung aller Fachkräfte der GIZ in die Republik Guatemala erfolgt damit in Anwendung des Rahmenabkommens.
4. Der Notenwechsel vom 2. Dezember 1998 und 13. April 2000 über die Fortführung des örtlichen Büros der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH bleibt von der Namensänderung der GTZ unberührt. Das dadurch geschaffene Büro wird seine Tätigkeiten als Vertretung für die GIZ und als Büro für die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in der Republik Guatemala fortführen.
5. Das Rahmenabkommen wird auch auf Integrierte Fachkräfte angewandt. Integrierte Fachkräfte sind Fachkräfte, die im Rahmen des Programms für Integrierte Fachkräfte vom Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM) vermittelt werden, um den Fachkräftebedarf in der Republik Guatemala zu decken. Den Integrierten Fachkräften werden seitens der Regierung der Republik Guatemala in Übereinstimmung mit Artikel 5 des Rahmenabkommens bis zum Erhalt ihrer endgültigen Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung offizielle Visa erteilt.
6. Die Regierung der Republik Guatemala unterrichtet ihre zuständigen Stellen über diese Vereinbarung.
7. Diese Vereinbarung wird in deutscher und spanischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Falls sich die Regierung der Republik Guatemala mit den unter den Nummern 1 bis 7 gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen unseren Regierungen bilden, die an dem Tag in Kraft tritt, an dem die Regierung der Republik Guatemala der Regierung der Bundesrepublik Deutschland schriftlich auf diplomatischem Weg mitteilt, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für den Beginn der Gültigkeit erfüllt sind.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Dr. Thomas Schäfer

Seiner Exzellenz
dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten
der Republik Guatemala
Herrn Harold Caballeros
Guatemala-Stadt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Übereinkommens von 1979
über den Such- und Rettungsdienst auf See**

Vom 19. März 2013

Das Internationale Übereinkommen von 1979 vom 27. April 1979 über den Such- und Rettungsdienst auf See (BGBl. 1982 II S. 485, 486) ist nach seinem Artikel V Absatz 3 für

Honduras am 23. Dezember 2012
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 28. November 2012 (BGBl. II S. 1566).

Berlin, den 19. März 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Pascal Hector

**Bekanntmachung
des deutsch-guatemalteckischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 19. März 2013

Das in Guatemala-Stadt am 19. November 2012 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Guatemala über Finanzielle Zusammenarbeit 2008 (Vorhaben „Programm PROEDUC V“) wird nachstehend veröffentlicht.

Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 5 in Kraft tritt, wird im Bundesgesetzblatt bekannt gegeben.

Bonn, den 19. März 2013

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Klaus Krämer

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Guatemala
über Finanzielle Zusammenarbeit 2008

„Programm PROEDUC V“

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Guatemala –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Guatemala,

im Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Guatemala beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Protokoll der Regierungsverhandlungen vom 17. und 18. November 2008 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Guatemala oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, für das Vorhaben „Programm PROEDUC V“ ein Verbunddarlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), das im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit gewährt wird, von bis zu 33 Millionen Euro einschließlich Reprogrammierung von 4 Millionen Euro, zugesagt mit Verbalnote Nummer 212/2005 der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland vom 5. Dezember 2005 für das Vorhaben „Sozialinvestitionsfonds (FIS II)“, zu erhalten, wenn nach Prüfung die entwicklungspolitische Förderungswürdigkeit des Vorhabens festgestellt worden ist und die gute Kreditwürdigkeit der Republik Guatemala weiterhin gegeben ist und die Regierung der Republik Guatemala eine Staatsgarantie gewährt, sofern sie nicht selbst Kreditnehmer wird. Das Vorhaben kann nicht durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(2) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Guatemala zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung des in Absatz 1 genannten Vorhabens oder weitere

Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des in Absatz 1 genannten Vorhabens von der KfW zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrages, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der KfW und dem Empfänger des Darlehens zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Zusage des in Artikel 1 Absatz 1 genannten Betrages mit Ausnahme der in Artikel 1 Absatz 1 reprogrammierten Mittel entfällt, soweit nicht innerhalb von acht Jahren nach dem Zusagejahr der entsprechende Darlehensvertrag geschlossen wurde. Für diesen Betrag endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2016. Für die in Artikel 1 Absatz 1 reprogrammierten Mittel in Höhe von 4 Millionen Euro entfällt die Zusage, soweit nicht innerhalb von acht Jahren nach dem Zusagejahr der entsprechende Darlehensvertrag geschlossen wurde. Für diesen Betrag endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2013.

(3) Die Regierung der Republik Guatemala soweit sie nicht selbst Darlehensnehmer ist, wird gegenüber der KfW alle Zahlungen in Euro in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Guatemala stellt die KfW von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 erwähnten Verträge in der Republik Guatemala erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Guatemala überlässt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt

gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

republik Deutschland mitgeteilt hat, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der Mitteilung.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierung der Republik Guatemala der Regierung der Bundes-

Streitigkeiten über die Auslegung oder Umsetzung dieses Abkommens werden von den Vertragsparteien im gegenseitigen Einvernehmen auf diplomatischem Wege beigelegt.

Geschehen zu Guatemala-Stadt am 19. November 2012 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Thomas Schäfer

Für die Regierung der Republik Guatemala

Harold Caballeros

Bekanntmachung der deutsch-mexikanischen Vereinbarung über Finanzielle Zusammenarbeit

Vom 20. März 2013

Die Vereinbarung in der Form eines Notenwechsels vom 28. September 2012/23. Oktober 2012 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Mexikanischen Staaten über Finanzielle Zusammenarbeit (Vorhaben „Programm Kommunaler Umweltschutz I“) ist nach ihrer Inkrafttretensklausel

am 23. Oktober 2012

in Kraft getreten; die deutsche einleitende Note wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 20. März 2013

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Klaus Krämer

Botschaft
der Bundesrepublik Deutschland

Mexiko-Stadt, 28. September 2012

Embajada de la República
Federal de Alemania
México

Verbalnote

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland beehrt sich, dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Vereinigten Mexikanischen Staaten unter Bezugnahme auf Ziffer 2.2 des Protokolls der Regierungsverhandlungen vom 10. bis 11. September 2009 sowie Ziffern 2.1.1.2 und 3.2 des Protokolls der Regierungsverhandlungen vom 22. bis 23. November 2011 den Abschluss der nachfolgenden Vereinbarung über Finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Mexikanischen Staaten zur Finanzierung der ersten Tranche des Vorhabens „Programm Kommunalen Umweltschutz“ („Programm Kommunalen Umweltschutz I“) vorzuschlagen, dessen Durchführung – in Übereinstimmung mit dem Darlehensvertrag mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), dessen Unterzeichnung vom Verwaltungsrat der North American Development Bank („NADBANK“) am 8. Dezember 2011 mit Beschluss Nummer 2011–22 zugestimmt worden ist – der NADBANK übertragen wird. Die Vereinbarung soll folgenden Wortlaut haben:

1. Ziel der vorliegenden Vereinbarung ist es, die Grundlagen für die Gewährung der folgenden Beträge für das Vorhaben „Programm Kommunalen Umweltschutz I“ über das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland und die KfW an die NADBANK (im Folgenden als „Begünstigte“ bezeichnet) zu schaffen, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieses Vorhabens festgestellt worden und die gute Kreditwürdigkeit der Begünstigten weiterhin gegeben ist.
 - a) Ein zinsvergünstigtes Darlehen der KfW an die NADBANK in Höhe von bis zu 40 Millionen Euro, das eine erste Tranche des 2009 über einen Gesamtbetrag von bis zu 90 Millionen Euro zugesagten zinsvergünstigten Darlehens, zur Durchführung des Vorhabens „Programm Kommunalen Umweltschutz“ ist;
 - b) einen Finanzierungsbeitrag der KfW an NADBANK für eine notwendige Begleitmaßnahme mit einem Gesamtbetrag von bis zu 1 Million Euro zur Durchführung und zur Unterstützung des Vorhabens „Programm Kommunalen Umweltschutz I“.
2. Das unter Nummer 1 Buchstabe a genannte Vorhaben kann nicht durch andere Vorhaben ersetzt werden.
3. Falls zu einem späteren Zeitpunkt die Möglichkeit in Betracht gezogen wird, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Weiterverfolgung des in Nummer 1 Buchstabe a genannten Vorhabens zu erhalten, findet diese Vereinbarung Anwendung.
4. Finanzierungsbeiträge für Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen nach Nummer 1, Buchstabe b, die nicht für das unter Nummer 1 Buchstabe a genannte Vorhaben eingesetzt werden, werden in zinsvergünstigte Darlehen umgewandelt.
5. Die Verwendung der unter Nummer 1 genannten Beträge sowie die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, bestimmen die zwischen der KfW und der Begünstigten zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen. Das Verfahren der Auftragsvergabe für Bauvorhaben, Güter und Dienstleistungen erfolgt nach der anzuwendenden Gesetzgebung und entsprechend den internationalen Wettbewerbsregeln gewährleistenden Standards der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).
6. Die Zusage des unter Nummer 1 Buchstabe a genannten Betrages entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von acht Jahren nach dem Jahr, in dem die Zusage erfolgte, der entsprechende Darlehensvertrag geschlossen wurde. Für diesen Betrag aus der Zusage des Jahres 2009 in Höhe von bis zu 40 Millionen Euro endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2017. Die Zusage des unter Nummer 1 Buchstabe b genannten Betrages entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von acht Jahren nach dem Jahr, in dem die Zuweisung erfolgte, der entsprechende Finanzierungsvertrag geschlossen wurde. Für diesen Betrag aus der Zusage des Jahres 2011 über einen Gesamtbetrag von 1 Million Euro endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2019.
7. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Vereinigten Mexikanischen Staaten informieren bei den nach dem Abkommen vom 8. Oktober 1997 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Mexikanischen Staaten über Technische Zusammenarbeit festgelegten Treffen zu Regierungsgesprächen über Technische und Finanzielle Zusammenarbeit über die bei der Durchführung des Vorhabens erzielten Fortschritte.

8. Die Zinszahlungen aus dem in Rede stehenden vergünstigten Darlehen nach Nummer 1 Buchstabe a sind nach dem Abkommen vom 9. Juli 2008 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Mexikanischen Staaten zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen von der Einkommenssteuer befreit. Soweit steuerliche Verpflichtungen auf bundesstaatlicher Ebene anfallen, die aus Anlass des vergünstigten Darlehens verursacht werden, werden diese unmittelbar durch die Begünstigte eingezahlt.
9. Aus Nummer 8 können keinerlei Erstattungen oder Vergütungen außer denjenigen abgeleitet werden, die in Übereinstimmung mit dem in Nummer 8 erwähnten Abkommen oder der mexikanischen Steuergesetzgebung auf bundesstaatlicher Ebene stehen.
10. Diese Vereinbarung gilt für die Beförderung von Personen und Gütern im Luft-, See- und Landverkehr nach den von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Mexikanischen Staaten eingegangenen internationalen Verpflichtungen, kraft anderer für beide verpflichtende bilateraler und/oder multilateraler internationaler Übereinkommen sowie ihrer in dem Bereich entsprechenden nationalen Gesetzgebung.
11. Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieser Vereinbarung werden, soweit möglich, einvernehmlich durch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Vereinigten Mexikanischen Staaten beigelegt.
12. Diese Vereinbarung kann im Einvernehmen der Vertragsparteien in schriftlicher Form durch einen diplomatischen Notenwechsel geändert werden, der das Datum bezeichnet, an dem die Änderungen in Kraft treten.
13. Diese Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit geschlossen und kann von jeder Vertragspartei jederzeit auf diplomatischem Weg schriftlich gekündigt werden; sie tritt sechs Monate nach dem Zeitpunkt außer Kraft, in dem die Kündigung mitgeteilt wurde.
14. Die vorzeitige Beendigung dieser Vereinbarung beeinträchtigt nicht die durch die KfW beziehungsweise die Begünstigte erworbenen Rechte im Zusammenhang mit den laufenden Vorhaben und Finanzierungstätigkeiten.
15. Diese Vereinbarung wird in deutscher und spanischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Falls sich die Regierung der Vereinigten Mexikanischen Staaten mit den unter den Nummern 1 bis 15 gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Verbalnote und die das Einverständnis der Regierung der Vereinigten Mexikanischen Staaten zum Ausdruck bringende Antwortnote des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Vereinigten Mexikanischen Staaten eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Mexikanischen Staaten bilden, die mit dem Datum der Antwortnote in Kraft tritt.

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland benutzt diesen Anlass, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Vereinigten Mexikanischen Staaten erneut ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An das
Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
der Vereinigten Mexikanischen Staaten
Abteilung AMEXCID
Mexiko-Stadt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Registrierung von in den Weltraum gestarteten Gegenständen**

Vom 20. März 2013

Das Übereinkommen vom 14. Januar 1975 über die Registrierung von in den Weltraum gestarteten Gegenständen (BGBl. 1979 II S. 650, 651) ist nach seinem Artikel VIII Absatz 4 für

Litauen am 8. März 2013
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 16. April 2012 (BGBl. II S. 520).

Berlin, den 20. März 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Pascal Hector

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
der Vereinbarung
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Universität der Vereinten Nationen
über das Vizerektorat der Universität der Vereinten Nationen in Europa
und das Institut für Umwelt und menschliche Sicherheit
der Universität der Vereinten Nationen
und über das gleichzeitige Inkrafttreten
der dazugehörigen Verordnung**

Vom 25. März 2013

Nach Artikel 3 Absatz 3 der Verordnung vom 12. Oktober 2012 zu der Vereinbarung vom 25. Mai 2011 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Universität der Vereinten Nationen über das Vizerektorat der Universität der Vereinten Nationen in Europa und das Institut für Umwelt und menschliche Sicherheit der Universität der Vereinten Nationen (BGBl. 2012 II S. 1134, 1136) wird bekannt gemacht, dass die Vereinbarung nach ihren Schlussbestimmungen

am 17. Dezember 2012
in Kraft getreten ist.

Gleichzeitig wird nach Artikel 3 Absatz 3 der Verordnung vom 12. Oktober 2012 bekannt gemacht, dass diese nach ihrem Artikel 3 Absatz 1 am 17. Dezember 2012 in Kraft getreten ist.

Berlin, den 25. März 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls von Kyoto
zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen
über Klimaänderungen**

Vom 27. März 2013

Das Protokoll von Kyoto vom 11. Dezember 1997 (BGBl. 2002 II S. 966, 967) zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen vom 9. Mai 1992 über Klimaänderungen (BGBl. 1993 II S. 1783, 1784) wird nach seinem Artikel 25 Absatz 3 für

Afghanistan am 23. Juni 2013
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 27. Dezember 2011 (BGBl. 2012 II S. 93).

Berlin, den 27. März 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Tropenholz-Übereinkommens von 2006**

Vom 27. März 2013

Das Internationale Tropenholz-Übereinkommen von 2006 vom 27. Januar 2006 (BGBl. 2009 II S. 231, 232) ist nach seinem Artikel 39 Absatz 4 für

Kolumbien* am 15. März 2013
nach Maßgabe einer Erklärung
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 18. Januar 2013 (BGBl. II S. 171).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite der Vereinten Nationen unter <http://treaties.un.org> einsehbar.

Berlin, den 27. März 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-französischen Abkommens
über den Güterstand der Wahl-Zugewinn-
gemeinschaft**

Vom 22. April 2013

Nach Artikel 6 Absatz 1 des Gesetzes vom 15. März 2012 zu dem Abkommen vom 4. Februar 2010 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den Güterstand der Wahl-Zugewinn-gemeinschaft (BGBl. 2012 II S. 178, 180) wird bekannt gemacht, dass das Abkommen nach seinem Artikel 20 Absatz 2

am 1. Mai 2013

in Kraft tritt.

Gleichzeitig wird bekannt gemacht, dass die Artikel 2 bis 5 des Gesetzes vom 15. März 2012 nach seinem Artikel 6 Absatz 1 am 1. Mai 2013 in Kraft treten.

Berlin, den 22. April 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis**

Vom 23. April 2013

Das Übereinkommen vom 20. Mai 1980 über die Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis (BGBl. 1982 II S. 420, 421) ist nach seinem Artikel XXVIII Absatz 2 für

Panama

am 19. April 2013

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 11. Juni 2012 (BGBl. II S. 732).

Berlin, den 23. April 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz
Postanschrift: 11015 Berlin
Hausanschrift: Mohrenstraße 37, 10117 Berlin
Telefon: (0 30) 18 580-0

Redaktion: Bundesamt für Justiz
Schriftleitungen des Bundesgesetzblatts Teil I und Teil II
Postanschrift: 53094 Bonn
Hausanschrift: Adenauerallee 99 – 103, 53113 Bonn
Telefon: (02 28) 99 410-40

Verlag: Bundesanzeiger Verlag GmbH
Postanschrift: Postfach 10 05 34, 50445 Köln
Hausanschrift: Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln
Telefon: (02 21) 9 76 68-0

Satz, Druck und buchbinderische Verarbeitung: M. DuMont Schauberg, Köln
Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln
Telefon: (02 21) 9 76 68-2 82, Telefax: (02 21) 9 76 68-2 78
E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich im Abonnement je 52,00 €.

Bezugspreis dieser Ausgabe: 4,25 € (3,20 € zuzüglich 1,05 € Versandkosten). Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlag GmbH · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

Berichtigung zur 22. ADR-Änderungsverordnung

Vom 18. April 2013

Die deutsche Übersetzung der mit der 22. ADR-Änderungsverordnung vom 31. August 2012 (BGBl. 2012 II S. 954) veröffentlichten Änderungen zu den Anlagen A und B zu dem Europäischen Übereinkommen vom 30. September 1957 über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR) ist wie folgt zu berichtigen:

TEIL 4

- 4.1.1.20.3 c) Im ersten Satz „so begrenzt ist“ ändern in:
„so begrenzt sind“.

TEIL 5

- 5.2.2.2.1.2 Am Ende des ersten Unterabsatzes „(Flaschenhals)“ ändern in:
„(Flaschenschulter)“.

Berlin, den 18. April 2013

Bundesministerium
für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Im Auftrag
Helmut Rein